

Antrag

Initiator*innen: Geschäftsführender Ausschuss (dort beschlossen am: 17.03.2026)

Titel: Kapitel 6: Demokratie leben – Wie Verwaltung Beteiligung und Transparenz ermöglicht

Antragstext

1268 (Beteiligung, Transparenz, Finanzen, moderne Verwaltung)

1269 1. Warum dieses Thema für unseren Bezirk zentral ist

1270 Xhain ist politisch! Wir haben eine aktive, streitbare und engagierte
1271 Zivilgesellschaft, die sich in Initiativen, Parteien, Nachbarschaften, Vereinen
1272 und Bewegungen engagiert. Dieses Potential hat unseren Bezirk schon immer
1273 geformt und besonders gemacht. Wir Grüne sind die Partner der Zivilgesellschaft.
1274 Doch sie trifft zu oft auf eine Verwaltung, die überlastet, kompliziert und für
1275 viele Menschen schwer zugänglich ist. Wenn Beteiligung ins Leere läuft und
1276 Entscheidungen intransparent bleiben, entsteht Frust – und Vertrauen geht
1277 verloren.

1278 Demokratie entscheidet sich nicht nur an Wahlsonntagen, sondern im Alltag: bei
1279 Bauvorhaben im Kiez, bei Haushaltsentscheidungen, bei Krisenlagen oder bei der
1280 Frage, ob Menschen sich mit ihren Anliegen ernst genommen fühlen. Gerade in
1281 einem so vielfältigen Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg braucht es eine
1282 Verwaltung, die demokratische Teilhabe aktiv ermöglicht, transparent handelt und
1283 handlungsfähig ist. Eine starke Demokratie braucht eine starke, zugängliche und
1284 eigenständige bezirkliche Verwaltung. Wir sehen engagierte Bürger*innen nicht
1285 als Störenfriede, sondern als Chance, den Bezirk noch besser zu machen.

1286 2. Unsere Haltung: Verwaltung, die ermöglicht

1287 Demokratie lebt von Vertrauen, Transparenz und echter Beteiligung. Die
1288 Verwaltung wird durch demokratische Beteiligung besser. Die Verwaltung muss für
1289 die Menschen da sein – verständlich, erreichbar und verlässlich. Wir wollen eine
1290 Verwaltung, die nicht verwaltet, sondern ermöglicht: Beteiligung statt
1291 Belehrung, Transparenz statt Hinterzimmer, Kooperation statt Abschottung.

1292 Wir stehen für eine starke bezirkliche Selbstverwaltung. Entscheidungen sollen
1293 dort getroffen werden, wo die Lebensrealität der Menschen ist: im Bezirk, im
1294 Kiez, vor Ort. Weitere Zentralisierung lehnen wir ab. Demokratie wird schwächer,
1295 wenn Verantwortung nach oben verschoben wird. Unser Ziel ist eine moderne,
1296 resiliente und gemeinwohlorientierte Verwaltung, die demokratische Prozesse
1297 stärkt, öffentliche Aufgaben in öffentlicher Hand hält und auch in Krisen
1298 handlungsfähig bleibt.

1299 **3. Zentrale Herausforderungen im Bezirk**

1300 Viele Menschen erleben Verwaltung als schwer erreichbar, langsam oder
1301 unverständlich. Informationen sind oft nicht barrierefrei, nicht mehrsprachig
1302 oder nur mit Vorwissen auffindbar. Beteiligungsverfahren wirken manchmal wie
1303 Alibi-Formate: Man darf mitreden, aber nicht mitentscheiden. Gutachten,
1304 Expertisen oder Entscheidungsgrundlagen sind nicht immer öffentlich zugänglich,
1305 obwohl sie die Basis politischer Beschlüsse bilden.

1306 Gleichzeitig wird die Gestaltungsmacht der Bezirke zunehmend eingeschränkt.
1307 Eingriffe des Senats in Bezirksbudgets, unklare Zuständigkeiten und
1308 Zentralisierung schwächen die lokale Demokratie. Gute Beteiligungsformate kosten
1309 Geld, das im Bezirkshaushalt an vielen Stellen fehlt. Öffentliche Aufgaben
1310 wurden ausgelagert, Wissen und Kontrolle gingen verloren. In Krisen – ob
1311 Pandemie, Hitze, Stromausfall oder andere Katastrophen – zeigt sich zudem, dass
1312 Zuständigkeiten und Ausstattung zwischen Senat und Bezirken nicht ausreichend
1313 geklärt sind. Das alles untergräbt Vertrauen und schwächt demokratische
1314 Handlungsfähigkeit.

1315 **4. Was wir konkret verändern wollen**

1316 **Bezirkliche Demokratie stärken**

1317 **Kompetenzen klären:** Wir setzen uns für eine klare Kompetenzverteilung zwischen
1318 Land und Bezirken ein. Friedrichshain-Kreuzberg braucht mehr Autonomie bei
1319 kommunalen Aufgaben und verlässliche Entscheidungsräume. Weitere Zentralisierung
1320 lehnen wir ab. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie auch Wirkung
1321 entfalten. Daher wollen wir ein Mehr an bezirklicher Mitsprache und

1322 Entscheidungsmacht. Im Bezirk können die Bürger*innen sich viel einfacher
1323 einbringen als auf Landesebene. Wir stärken die BVV als Ort der demokratischen
1324 Beteiligung vor Ort. Wir wollen ein politisches Bezirksamt, das von der Mehrheit
1325 der BVV gewählt wird, mit einer klaren Trennung zwischen Regierung und
1326 Opposition, damit demokratische Verantwortung sichtbar und nachvollziehbar wird.

1327 **Strukturen stärken:** Beteiligung darf dabei weder vom Geldbeutel noch von den
1328 Sprachkenntnissen abhängen. Daher setzen wir uns für mehrsprachige,
1329 niedrigschwellige Beteiligungsangebote und eine proaktive Informationspolitik
1330 ein. Wir wollen, dass das Bezirksamt über jedes größere Bauvorhaben die
1331 Nachbarschaft proaktiv informiert und an den Planungsprozessen weit über das
1332 gesetzliche Mindestmaß hinaus beteiligt.

1333 **Verwaltung modern, zugänglich und transparent gestalten**

1334 **Aufgaben rekommunalisieren:** Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche
1335 Verantwortung. Wir wollen ausgelagerte Leistungen wie Reinigung,
1336 Grünflächenpflege oder Gebäudemanagement schrittweise rekommunalisieren. Das
1337 stärkt Qualität, Kontrolle, Transparenz und gute Arbeitsbedingungen – und macht
1338 den Bezirk unabhängiger von externen Dienstleistern. Am Ende wird dies auch für
1339 den Bezirk günstiger sein, da niemand an der öffentlichen Leistung mehr Gewinn
1340 erwirtschaften will.

1341 **Verwaltung digitalisieren:** Wir treiben die Digitalisierung der Bezirksverwaltung
1342 konsequent voran – nutzerfreundlich, souverän, datensparsam und barrierefrei. Da
1343 es keine Frage des Geldes oder der Sprachkenntnisse sein darf, ob jemand eine
1344 bezirkliche Leistung erhält, werden wir uns für eine bürgernahe und zugängliche
1345 Verwaltung einsetzen. Informationen und Dienstleistungen sollen mehrsprachig,
1346 einfach verständlich und online wie offline erreichbar sein. Unser Ziel ist die
1347 einmalige Datenabfrage nach dem Prinzip once-only: Bürgerinnen sollen ihre Daten
1348 nur einmal angeben müssen, nicht bei jeder Stelle erneut. Dabei sichern wir
1349 durch hohe Datenschutzstandards, dass die Bürgerinnen über ihre Daten bestimmen
1350 können. Auch die große Weltpolitik hat Auswirkungen auf unseren Bezirk – daher
1351 wollen wir auch in der Verwaltung unabhängiger von großen Tech-Konzernen werden.

1352 **Transparenz zum Standard machen:** Politische Entscheidungen müssen
1353 nachvollziehbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Gutachten,
1354 Einschätzungen von Expertinnen und relevanten Entscheidungsgrundlagen der
1355 Bezirkspolitik grundsätzlich öffentlich zugänglich gemacht werden. Transparenz
1356 ist kein Zusatz, sondern Voraussetzung demokratischer Legitimation. Denn die
1357 Verwaltung arbeitet auf Kosten der Bürgerinnen für die Bürger*innen.

Finanzierung fair regeln: Wir fordern ein neues Bezirksfinanzierungsgesetz, das die Eingriffe des Senats in die Bezirksbudgets klar begrenzt. Das mit der Verwaltungsreform eingeführte Konnexitätsprinzip muss tatsächlich umgesetzt werden, sodass für neue Aufgaben auch die Ressourcen bereitgestellt werden. Der Bezirk braucht Planungssicherheit, um handlungsfähig zu sein. Wir lehnen daher Sonderprogramme und Sondertöpfe ab und wollen eine auskömmliche Finanzierung der Bezirke. Der Globalhaushalt des Bezirks muss wieder ausreichen, um eigene politische Schwerpunkte setzen zu können. Gleichzeitig setzen wir auf nachhaltige und faire Beschaffung in der Verwaltung – mit einem klaren Fokus auf Bio-, Fair-Trade- und regionale Produkte. Der Bezirk soll ein noch attraktiver Arbeitgeber werden. Um den Wettbewerb um die besten Köpfe für die Verwaltung fair zu gestalten, wollen wir einheitliche Stellenbewertungen für Bezirks- wie Landesebene.

5. Wirkung für den Bezirk

Unsere Politik macht Demokratie im Alltag erfahrbar – im Amt, im Kiez und in der Nachbarschaft.

- Mehr Vertrauen bedeutet: Entscheidungen werden nachvollziehbarer, Gutachten zugänglicher, und Transparenz wird zum Standard.
- Mehr Beteiligung bedeutet: Menschen können einfacher mitmachen – unabhängig von Sprache oder Ressourcen – und werden proaktiv informiert.
- Mehr Handlungsfähigkeit bedeutet: Verwaltung wird moderner, digitaler und barriereärmer, damit Leistungen schneller bei den Menschen ankommen.
- Mehr öffentliche Verantwortung bedeutet: Wichtige Aufgaben werden schrittweise zurück in öffentliche Hand geholt, um Qualität und Kontrolle zu sichern.
- Mehr Planungssicherheit bedeutet: Faire Bezirksfinanzen stärken den Bezirk langfristig und machen politische Prioritäten umsetzbar.

6. Unser Auftrag: Demokratie stärken

- 1386 **Kompetenzen klären.** Wir setzen uns für eine klare Kompetenzverteilung zwischen
1387 Land und Bezirken ein und stärken die BVV als Ort demokratischer Entscheidungen.
- 1388 **Beteiligung ermöglichen.** Beteiligung darf nicht vom Geldbeutel oder von
1389 Sprachkenntnissen abhängen. Wir bauen mehrsprachige, niedrigschwellige
1390 Beteiligungsangebote aus und informieren proaktiv über größere Vorhaben.
- 1391 **Aufgaben rekommunalisieren.** Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche
1392 Verantwortung. Wir holen ausgelagerte Leistungen schrittweise zurück, um
1393 Qualität, Kontrolle und gute Arbeitsbedingungen zu sichern.
- 1394 **Verwaltung digitalisieren.** Wir treiben nutzerfreundliche, barrierefreie und
1395 datensparsame Digitalisierung voran und setzen auf einmalige Datenabfrage nach
1396 dem once-only-Prinzip.
- 1397 **Transparenz zum Standard machen.** Gutachten, Expertisen und
1398 Entscheidungsgrundlagen sollen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein.
- 1399 **Finanzierung fair regeln.** Wir fordern ein neues Bezirksfinanzierungsgesetz, das
1400 Eingriffe des Senats begrenzt und echte Planungssicherheit schafft.